



Berlin, 18. Mai 2018



Liebe Leserinnen und Leser,

diese Sitzungswoche wurde der Haushaltentwurf der Großen Koalition für das kommende Jahr in der ersten Lesung behandelt. Das Haushaltsrecht wird zurecht als das „Königsrecht des Parlamentes“ bezeichnet und deshalb waren bereits im Vorfeld hitzige Diskussion über die Regierungspläne zu erwarten.

Die SPD-Fraktion steht hierbei geschlossen hinter den Plänen von Bundesfinanzminister Olaf Scholz. Es ist der erste Haushalt seit 2009, der mit eindeutig sozialdemokratischer Federführung geschrieben wurde.

Mit dem Etat setzen wir klare Prioritäten in den Bereichen Familie, Bildung, Soziales und Infrastruktur. Die Mittel für wichtige Investitionen werden hierbei auf 37 Milliarden Euro angehoben, was einer Steigerung von 9% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Kernprojekte, wie bspw. der soziale Arbeitsmarkt, können somit schnell angegangen werden. Sollte es zu Steuermehreinnahmen kommen, engagieren wir uns dafür, dass das Geld bereits früher in den Digitalfonds eingezahlt werden kann als geplant.

Die Regierung kann nach Verabschiedung des Haushaltes ihre zahlreichen Projekt angehen und die SPD-geführten Ministerien stehen bereits in den Startlöchern. Ob die Eine-für-Alle-Klage, die Brückenteilzeit oder das Gute-Kita-Gesetz: Die SPD zeigt in den letzten Wochen, dass sie dieses Land mit guten Gesetzen führen wird.

Natürlich war der Austritt der USA aus dem Iran-Abkommen diese Woche auch im Bundestag omnipräsent. Auf den folgenden Seiten können Sie mehr zu diesem und weiteren Themen lesen.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Pfingstwochenende,

Ihre

In dieser Ausgabe:

BUNDESHAUSHALT.....3

GENERALDEBATTE.....4

INNENPOLITIK.....6

BERLIN AKTUELL

Newsletter von Sabine Dittmar, MdB



Foto der Woche

Pflegesachgespräch mit Bärbel Kofler über die Zukunft der Pflege am 4. Mai 2018 im Wirtshaus Sailer Keller, Traunstein

2



Gesundheitspolitisches Fachgespräch mit dem Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung am 15. Mai 2018

Statement der Woche

Highlights der nächsten Wochen

„Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“

Richard v. Weizsäcker zum 40. Jahrestag des Endes des 2. Weltkrieges (1985) in Bonn

Wann	Wo	Was
Fr., 01.06. 13.00 Uhr- 14.30 Uhr	Pavillion Akademie Frankenwarte	Vorstandssitzung
So., 03.06. 15.00 Uhr- 18.30 Uhr	Berlin	Sitzung der SPD- Bundestagsfraktion



BUNDESHAUSHALT

So investiert der Bund in den kommenden Jahren

In dieser Woche haben die Abgeordneten des Bundestages zum ersten Mal über den Haushalt 2018 und den Finanzplan für die kommenden vier Jahre debattiert. Der neue Bundesfinanzminister Olaf Scholz von der SPD hat dafür einen Entwurf vorgelegt. Über diesen Entwurf wird in den nächsten Wochen im Haushaltsausschuss des Bundestages weiter beraten. Anfang Juli wird der Haushalt dann vom Bundestag beschlossen.

Der Bundeshaushalt 2018 ist solide finanziert, sozial gerecht und zukunftsorientiert. Olaf Scholz hat mit seinem ersten Haushaltsentwurf bewiesen, dass die Haushalts- und Finanzpolitik in den nächsten Jahren in guten Händen liegt.

Die Koalition investiert in die Zukunft, entlastet die Bürgerinnen und Bürger und stärkt den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Und das alles geht ohne neue Schulden.

Im Koalitionsvertrag hatten die Koalitionsparteien SPD, CDU und CSU festgelegt, für welche Vorhaben sie welche Mittel einsetzen wollen. Wichtigste Einigung dabei: Familien werden stärker unterstützt, die soziale Sicherheit gestärkt und mehr in Bildung investiert.

Im Vergleich zu Plänen des vorherigen Finanzministers wird die neue Koalition erheblich mehr Geld für Investitionen bereitstellen. Insgesamt will die neue Regierung aus SPD und Union von 2018 bis 2022 ganze 180 Milliarden Euro investieren. So hoch waren die Investitionen niemals zuvor. Auch in jedem einzelnen dieser Jahre ist die Investitionssumme höher als ursprünglich geplant.

Die Ausgaben für Bildung und Forschung steigen zwischen 2019 und 2022 von rund 80,2 Milliarden auf 94,8 Milliarden Euro. So sind etwa für weitere Verbesserungen beim Bafög und in der Fortbildungsförderung bis 2021 rund 1,35 Milliarden Euro vorgesehen. Damit wird die Förderung auch bei der beruflichen Bildung, zum Beispiel bei der Meister-Ausbildung, gestärkt.

Mehr Geld für Familien, Wohnen und Soziales

Für Familien wird es sogar 12 Milliarden Euro zusätzlich geben. Dazu gehören zum Beispiel ein höheres Kindergeld und ein höherer Kinderzuschlag, eine bessere Qualität von Kitas und mehr kostenfreie Kita-plätze. Zudem wird es einen so genannten sozialen Arbeitsmarkt geben. Das ist eine Maßnahme für Langzeitarbeitslose, durch die sie endlich wieder gute Perspektiven erhalten.

Auch in der Rentenpolitik wird sich vieles verbessern: Die Koalition sorgt für ein stabiles Rentenniveau und stabile Beiträge bis 2025. Außerdem wird die Erwerbsminderungsrente verbessert. Wer also etwa durch einen Unfall erwerbsunfähig wird, wird künftig besser gestellt.

4 Milliarden Euro stehen als außerordentliches Plus für bezahlbares Wohnen zur Verfügung. Allein 2 Milliarden davon fließen in den sozialen Wohnungsbau. Auf die Weise können sich auch Menschen mit geringem Einkommen gute, bezahlbare Wohnungen leisten. Und junge Familien, die bauen oder kaufen wollen, profitieren vom neuen Baukindergeld.

Damit Wohnen und Leben überall in Deutschland eine gleichwertige gute Qualität hat, fördert die Koalition das Zusammenleben und den Zusammenhalt. Zusätzliche 12 Milliarden Euro gibt es für Landwirtschaft, Verkehr und Kommunen. Dazu zählt der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, der Strukturwandel durch den Kohleausstieg und die dauerhafte Unterstützung von finanzschwachen Gemeinden.

Auch für die Bundeswehr gibt es noch mehr Investitionsmittel: 1 Milliarde extra für Verteidigung. Damit ist eine Trendwende bei der Bundeswehr festgesetzt: Sie bekommt von Jahr zu Jahr mehr Geld für Ausstattung und Material. Auch für die Entwicklungshilfe gibt es 1 Milliarde Euro extra.

Und schließlich wird es eine massive Entlastung für 90 Prozent aller Bürgerinnen und Bürger geben: Denn von 2021 an fällt für alle, die weniger als 60.000 Euro zu versteuerndes Einkommen haben, der Solidaritätszuschlag vollständig weg.

Das macht in dieser Legislaturperiode rund 46 Milliarden Euro zusätzlich. Im Jahr 2022 kommen noch einmal knapp 18 Milliarden Euro zur Finanzierung all dieser Maßnahmen hinzu.

Mit ihrer Haushaltspolitik beweist die Koalition Verlässlichkeit: keine neue Schulden, dafür aber mehr Investitionen.



Scholz: Haushalt solide, sozial gerecht und zukunftsorientiert

Der zweite Entwurf des Bundeshaushalts für 2018 und die Finanzplanung bis 2021 schaffen etwas, das bisher nicht möglich schien. Doch der neue Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) erklärte in seiner Rede zur Einbringung des Haushalts am Dienstag, wie es funktioniert: keine neuen Schulden machen, aber dennoch mehr investieren und die Bürgerinnen und Bürger entlasten.

Diese Trias beschrieb Scholz mit den Adjektiven „solide, sozial gerecht und zukunftsorientiert“. Solide ist der Haushaltsentwurf, weil er auf neue Schulden verzichtet, weil er sachgerecht geplant und pragmatisch gestaltet ist. Das beinhaltet auch eine Vorsorge, falls die Einnahmen nicht mehr so gut sind wie momentan.

Sozial gerecht ist der Haushalt, weil er Menschen mit geringerem Einkommen entlastet, etwa beim Abbau des Solidaritätszuschlags oder den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung und bei der Stabilisierung der Renten. Das stärkt außerdem den sozialen Zusammenhalt.

Zukunftsorientiert ist der Entwurf von Scholz, weil er zielgerichtet zusätzliche Investitionen vorsieht, zum Beispiel bei der digitalen Infrastruktur, Bildung, Forschung und besserer Ausstattung der Schulen.

Scholz rechnete vor, dass noch niemals zuvor soviel investiert worden sei, wie mit dieser Finanzplanung: bis 2022 rund 180 Milliarden Euro. Das sind 23 Prozent mehr als in der letzten Wahlperiode.

Scholz räumte auch mit der falschen Behauptung auf, die Investitionen würden in den nächsten drei Jahren sinken. Das Gegenteil ist der Fall. Schaut man sich die Pläne genau an, steigen die Investitionen von Jahr zu Jahr an. Das Missverständnis kommt daher, weil nicht alles, was von der Koalition geplant ist, schon exakt im Etat abgebildet und bezeichnet werden kann. Es handle sich also um eine rein technische Angelegenheit.

Mehr für Länder und Kommunen

Bis 2022 wird es keine neuen Schulden geben, dafür aber mehr Mittel für die Bundesländer und die Kommunen. Möglich wird das auch durch drei geplante

Grundgesetzänderungen. Die Länder und Gemeinden können dann Geld des Bundes für den sozialen Wohnungsbau, den Schienennahverkehr und den Schulbau verwenden.

Scholz machte auch deutlich, dass die Koalition es nicht hinnehmen wird, dass der wachsende Wohlstand nicht bei allen Menschen ankommt. Deshalb setze die Bundesregierung mit ihrem Finanzplan für die kommenden drei Jahre auf Maßnahmen, die dem demografischen Wandel ebenso Rechnung tragen wie der technologischen Revolution durch die Digitalisierung und den unsicheren Zeiten durch die Weltlage.

Das Schlagwort ist Sicherheit, so Scholz, und zwar: soziale Sicherheit, öffentliche Sicherheit und emotionale Sicherheit. Um diese Sicherheiten besser zu gewährleisten, stärke der Bund wie beschrieben künftig die Kommunen, damit alle Bürgerinnen und Bürger an der Daseinsvorsorge teilhaben können und es überall gleichwertige Lebensverhältnisse gibt.

Zudem werden das Kindergeld und der Kinderfreibetrag erhöht, die Mütterrente ausgeweitet, der Soli schrittweise abgebaut und die kalte Progression abgemildert. Scholz will mit gutem Beispiel vorangehen: Auf Bundesebene sollen mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes einen unbefristeten Arbeitsvertrag bekommen.

GENERALDEBATTE

Nahles: Ein starker und sozialer Investitions-haushalt

Ein Etat, der es in sich hat: Investitionen auf Rekordniveau, keine neuen Schulden und mehr für den sozialen Zusammenhalt. Andrea Nahles erläuterte am Mittwoch, weshalb der Haushaltsentwurf von Finanzminister Olaf Scholz (SPD) nicht nur eine klare sozialdemokratische Handschrift aufweist, sondern auch insgesamt „sehr gut“ ist.

Anhand von gezielten Problembeschreibungen schlug Nahles in ihrer Rede bei der Generalaussprache im Bundestag einen Bogen von den zielgerichteten sozialen Investitionen, die kommen werden, über die vernünftige Mittelverteilung hin zu Zukunftsfragen, die ebenfalls im Haushalt berücksichtigt werden.



Nahles: „Dieser Haushalt ist ein starker Investitionshaushalt. Wir schaffen Chancen und Perspektiven für junge Menschen. Wir werden mit diesem Haushalt das Leben von Millionen Menschen erleichtern und besser machen!“

Wie das gelingt? Laut Nahles steigen die Ausgaben für Investitionen 2018 auf 37 Milliarden Euro. Das sind fast zehn Prozent mehr als im Vorjahr und sogar 23 Prozent mehr Investitionen bezogen auf die Legislaturperioden.

Die Ausgaben für Bildung und Forschung liegen in dieser Legislaturperiode fast 15 Milliarden Euro über denen der letzten. Damit wird nicht nur das BAföG verbessert, sondern auch die Kita-Qualität und die Betreuung in Ganztagschulen.

Mehr soziale Sicherheit

Die Koalition will, so beschrieb es die SPD-Fraktionschefin, in die soziale Sicherheit und soziale Dienstleistungen investieren: Im Umfang von mehr als 100 Milliarden Euro werden die sozialen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger ausgebaut. Nahles stellte klar: „Auch das sind Investitionen – Sozialinvestitionen. Sie stabilisieren Familien, zum Beispiel indem wir das Kindergeld um 25 Euro pro Kind anheben.“

Sie führte aus, dass auch das Rentenniveau gesichert und die Erwerbsminderungsrente verbessert wird. Worum es Nahles geht, ist die Tatsache, dass Investieren nicht nur bedeutet, Geld für Straßen und Schienen auszugeben – was auch sinnvoll ist und auch geschieht. Es geht darum, dass auch in Menschen investiert wird, sodass das Zusammenleben gestärkt wird und die Menschen mehr Gerechtigkeit und Sicherheit spüren.

Auch Sicherheit im klassischen Sinne wird weiter gestärkt. Nahles nannte dazu den vereinbarten Pakt für den Rechtsstaat. Dazu gehört, mehrere tausend Stellen bei Gerichten, Sicherheitsbehörden und der Polizei zu schaffen. „Polizistinnen und Polizisten sichern den inneren Frieden und den Rechtsstaat“, erklärte Nahles.

Druck auf den Koalitionspartner

Übrigens wird nun auch endlich – auf Druck der SPD-Bundestagsfraktion – die so genannte Musterfeststellungsklage eingeführt werden, auch genannt „Einfür-alle“-Klage. Dann können auch einzelne Bürgerinnen und Bürger mithilfe von Verbänden besser den

Kampf gegen multinationale Großkonzerne aufnehmen. Die Menschen könnten ihr Recht dann auch richtig wahrnehmen, so beschrieb es Andrea Nahles.

Welche Überzeugungsarbeit die Sozialdemokraten beim Koalitionspartner CDU/CSU auch in Sachen Rückkehrrecht zur alten Arbeitszeit leisten müssen, machte Nahles vor dem Parlament energisch deutlich. Die Union sträubt sich plötzlich gegen das Gesetz. Doch dazu sei im Koalitionsvertrag alles geregelt, betonte Nahles. Die so genannte Brückenteilzeit helfe insbesondere Frauen, aus der Teilzeitfalle zu entfliehen, und müsse nun wie vereinbart kommen: „Wir haben da keinen Redebedarf mehr, nur noch Umsetzungsbedarf. Wer wieder anfängt, die Vereinbarungen in Frage zu stellen, schadet unserem Land.“

Konsequent blieb Nahles auch gegenüber Forderungen, den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung noch weiter zu senken, als ohnehin vereinbart. Die SPD-Fraktion werde „keiner zusätzlichen Beitragssatzsenkung zustimmen, ohne dass nicht vorher bessere Qualifizierungsangebote für Arbeitnehmer vereinbart worden sind.“

Überschüsse für die Kinder einsetzen

Ja, es gebe zusätzlichen Spielraum, sagte Nahles. Den gelte es klug einzusetzen. Sie unterstützte den Vorschlag von Finanzminister Olaf Scholz, einen Teil der Haushaltsüberschüsse in einen Digitalfonds zu investieren, also für den Breitbandausbau und den Digitalpakt Schule. Nahles begründete: „Wir schaffen den Digitalfonds, damit unsere Kinder unabhängig vom Geldbeutel der Eltern mit modernen Arbeitsmitteln lernen können.“

Keinen Anlass sah die Fraktionschefin dagegen, die geringen zusätzlichen Spielräume auch noch in den Verteidigungshaushalt zu stecken. Denn: Die Verteidigungsausgaben wachsen im Vergleich zur letzten Legislaturperiode weiter auf jetzt bereits 38 Milliarden Euro an. In den letzten zwei Jahren hat es das CDU-geführte Verteidigungsministerium nicht geschafft, das Geld überhaupt auszugeben.

Ja, sagte Nahles, die Zustände bei der Bundeswehr seien „teilweise nicht gut. Aber jeder in der Bundeswehr sagt ihnen auch: Das Management der Bundeswehr muss verbessert werden, dann kann das Geld effektiv, effizient und zielführend eingesetzt werden.“

Atomabkommen erhalten

Nahles ging auch auf die internationale Lage ein. Die Aufkündigung des Atomabkommens mit dem Iran durch die USA und die Eröffnung der US-Botschaft in



Jerusalem seien „schwere Fehler und haben weitreichende Konsequenzen“.

Und die Ereignisse in Palästina seien „furchtbar“. Nahles: „Wir wollen weiterhin alles dafür tun, damit das Leben der jungen Israelis, der jungen Palästinenser nicht weiter in einem Strudel der Gewalt sinnlos geopfert wird.“ Das Existenzrecht und das Selbstverteidigungsrecht Israels sind dabei für sie völlig unstrittig, der Einsatz von Schusswaffen gegen Demonstranten hingegen nicht – das sei nicht verhältnismäßig.

Nun gehe es um Deeskalation, und zwar mithilfe des UN-Sicherheitsrates. Sie appellierte auch an die USA, zur Entspannung beizutragen. Das Atomabkommen will Nahles erhalten.

Dazu sei ein starkes Europa vonnöten, wozu Deutschland mit mehr Finanzmitteln auch beitragen werde – wie im Koalitionsvertrag festgelegt. „Die Europäische Integration ist Grundvoraussetzung für Wohlstand und Sicherheit in Europa.“

Die SPD-Fraktion wolle die großen Herausforderungen der Zukunft solidarisch meistern. „Diesem Ziel kommen wir mit dem vorliegenden Haushalt einen großen Schritt näher.“

INNENPOLITIK

Statement von Eva Högl und Burkhard Lischka

Eva Högl und Burkhard Lischka stellen zum Familiennachzug für Gefährder und dem laufenden parlamentarischen Verfahren klar: „Mit der SPD-Bundestagsfraktion wird es keinen Familiennachzug für Gefährder geben. Wir wollen verhindern, dass sich durch den Nachzug von Familienangehörigen beispielsweise zu zurückgekehrten Jihadreisenden und Terrorsympathisanten eine verfassungsfeindliche Grundhaltung in Familienverbänden verfestigt. Daher lehnen wir auch jedwede Ausnahme beim Familiennachzug für Gefährder ab.“

Wir werden im parlamentarischen Verfahren fordern, dass die im Gesetzentwurf von Horst Seehofer bestehende Ausnahmeregelung gestrichen wird.“